16 Jahren dürfen während der öffentlichen Vorführungen in Kinematographentheatern nach 8 Uhr abends auch in Begleitung Erwachsener nicht geduldet werden. Auch zu früherer Stunde dürfen Personen unter 16 Jahren zu öffentlichen Vorführungen nur dann zugelassen werden, wenn Bilder, deren Vorführung vor solchen jugendlichen Personen von der Ortspolizeibehörde untersagt ist, nicht gezeigt werden, und wenn demgemäß die Vorstellung an dem der Strafe zunächst gelegenen Eingang zu den Vorführungsräumen sowie an der Theaterkasse durch Anschlag an allgemein sichtbarer Stelle ausdrücklich mit Zustimmung der Ortspolizeibehörde als „Familienvorstellung“ bezeichnet ist. Die Zustimmung der Polizeibehörde zur Bezeichnung einer Vorstellung als „Familienvorstellung“ ist mindestens fünf Tage vor der geplanten Aufführung bei der Ortspolizeibehörde zu beantragen. Dem Antrag ist der Spielplan sowie eine genaue Beschreibung der vorzuführenden Bilder, je in doppelter Ausfertigung, beizufügen. Zuwiderhandlungen gegen diese Polizeiverordnung werden mit Geldstrafe bis zu 60 M. bestraft, an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haft tritt. Diese Polizeiverordnung tritt am 1. Januar 1914 in Kraft.

Ein Kinematographengesetz in Württemberg. Das neue Gesetz betreffend die öffentlichen Lichtspielvorstellungen in Württemberg ist jetzt auch von der Zweiten Kammer im Justizauschuss durchberaten und mit großer Stimmenmehrheit angenommen worden. Für die öffentlichen Lichtspiele wurde der Grundsatz einer allgemeinen Präventivzensur beschlossen; zu öffentlichen Lichtspielen dürfen nur solche Filme verwendet werden, die von der vom Ministerium des Innern bestimmten Landesstelle zugelassen sind, worüber eine Zulassungskarte ausgestellt wird. Das Ministerium kann für Bildstreifen, die schon von andern Polizeibehörden geprüft und zugelassen sind, Ausnahmen von dieser Präventivzensur zulassen; ferner kann das Ministerium, einem Zentrumsantrag entsprechend, für Lichtspieldarstellungen, die Bestandteile eines wissenschaftlichen oder belehrenden Vortrags sind, allgemeine Befreiung von den Vorschriften des Gesetzes erteilen. Die Zulassung eines Bildstreifens wird versagt, wenn seine öffentliche Vorführung geeignet wäre, die Gesundheit oder die Sittlichkeit der Zuschauer zu gefährden oder das religiöse Empfinden der Zuschauer zu verletzen oder eine verrohende oder die Phantasie verderbende oder überreizende oder den Sinn für Recht und öffentliche Ordnung verwirrend oder abtumpfende Einwirkung auf sie auszu-

üben; Filme, die eine nachteilige Einwirkung auf die Augen ausüben, sind ebenfalls von der Zulassung ausgeschlossen. Bezüglich der Jugendvorstellungen wurde nach einem Zentrumsantrag bestimmt, daß Bilder, die in solchen Vorstellungen zugelassen werden sollen, als hierzu bestimmt bei der Vorlegung zur Prüfung besonders bezeichnet werden; die Zulassung eines Bildes für die Jugendvorstellungen ist zu versagen, wenn es zur Vorführung vor jugendlichen Personen nicht geeignet ist. Während der Regierungsentwurf keine Altersgrenze für die Jugendvorstellungen bestimmt hatte, beschloß die Zweite Kammer (wie auch die Erste Kammer): Personen unter 17 Jahren dürfen zu andern als Jugendvorstellungen nicht zugelassen werden. Jugendvorstellungen dürfen nicht länger als bis 8 Uhr abends dauern. Nach einem Antrag des Zentrums können im Verordnungswege weitergehende Vorschriften zum Schutze jugendlicher Besucher von Lichtspielen gegen sittliche oder gesundheitliche Gefährdung erlassen werden. Die Landesstelle kann vor der Entscheidung über die Zulassung eines Bildstreifens ein Gutachten Sachverständiger einholen. Der Unternehmer von Lichtspielen hat alle öffentlich vorzuführenden Bilder der Ortspolizeibehörde rechtzeitig anzuzeigen. Ferner sind Bekanntmachungen, Plakate und Aufrufe der Veranstalter von Lichtspielen von der Ortspolizeibehörde zu verbieten, wenn sie vermöge der dargestellten Vorgänge oder der Art, wie sie vorgestellt werden, eine schädliche Wirkung (im Sinne des Gesetzes) ausüben können. Der Unternehmer von Lichtspielen hat stets den einmal zugelassenen Titel der Bilder beizubehalten. Gegen das Verbot eines Streifens steht dem Beteiligten das Beschwerderecht nach der Gemeindeordnung, jedoch ohne aufschiebende Wirkung zu. Das Gesetz wird, da die Erste und die Zweite Kammer in allen prinzipiellen Fragen übereinstimmen, keine Änderungen mehr bekommen.

Kino und Kirche. Der „Kirchliche Anzeiger für die Erzdiözese Köln“, Nr. 20 (1. Okt. 1913) bringt folgenden Erlaß:

Nr. 220. Das Kinematographenwesen betreffend. Köln, den 30. September 1913. Hinsichtlich des Kinematographenwesens bringen wir Folgendes zur Kenntnis:

Der Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten.

U. II. Nr. 164. U. III. U. III A.
U. III B. U. III D.

Berlin W 8, den 8. März 1913.

Die Kinematographentheater haben neuerdings